

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Elite-Universitäten brauchen Freiheit!

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2004) : Elite-Universitäten brauchen Freiheit!,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 84, Iss. 2, pp. 66-67

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/42313>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Elite-Universitäten brauchen Freiheit!

Es gibt gute ökonomische Gründe, den Mangel an internationalen Elite-Universitäten in Deutschland zu beklagen. Die Wachstumstheorie sieht in der Bildung oder besser dem Humankapital eine Triebfeder der wirtschaftlichen Dynamik. Mit der Akkumulation von Humankapital seien positive Externalitäten verbunden, die auf eine Volkswirtschaft überschwappen und zu mehr Wachstum führten. Die Empirie hat etwas mehr Mühe, den stimulierenden Einfluss des Humankapitals auf das Wirtschaftswachstum nachzuweisen.

Ein wesentlicher Grund hierfür liegt darin, dass es weniger um Verfügbarkeit als vielmehr um Nutzung von Humankapital geht: Was oder wem nützt es, Biochemiker(innen) teuer auszubilden, sie dann aber verschiedener Vorbehalte und Vorurteile wegen nicht in Deutschland forschen und arbeiten zu lassen? Ebenso garantiert eine Input orientierte Sicht noch lange nicht, dass auch ein Output entsteht, der sich gesamtwirtschaftlich positiv auswirkt. Es geht weniger darum, wie viel Geld in ein Bildungssystem gesteckt wird als darum, was an Ergebnissen erzielt wird. Mehr Geld in ein schlechtes System zu pumpen, vergrößert nur die Verschwendung und verbessert eben gerade nicht die Wachstumschancen einer Volkswirtschaft.

Trotz der eingeschränkten empirischen Evidenz scheint göltig zu bleiben, dass „mehr Humankapital“ in der einen oder anderen Form zu „mehr Wachstum“ führt. Aus- und Weiterbildung machen Menschen produktiver. Kluge Köpfe und findige Forscher sorgen für neues Wissen und technologischen Fortschritt. Eine Strategie, die nach besseren Studienbedingungen, Exzellenz und Nobelpreisen strebt, ist somit zielführend. Sie verbreitert die Basis, auf der Wachstum aufbauen kann. Nicht zuletzt auch, weil ein „Pool“ an qualifizierten Arbeitskräften ein attraktiver Standortfaktor ist. Er hilft Sach- und Finanzkapital anzuziehen. So kann Humankapital zum Kern eines „Clusters“ werden. Beispielsweise ließ sich in verschiedenen Fallstudien ein „Silicon Valley“-Effekt finden – also eine lokal konzentrierte positive Wechselwirkung von Humankapital (Universitäten und Forschungsinstitutionen), Finanzkapital (Wagnis-Kapital für Neugründungen) und Sachkapital (bereits bestehenden Firmen, die neues Wissen in moderne Produkte und innovative Dienstleistungen umsetzen). Als Folge ergab sich ein rasches Wachstum von Beschäftigung und Wertschöpfung.

Der seit kurzem zu hörende Ruf nach deutschen Spitzen-Universitäten ertönt somit mehr als zu Recht. Es ist höchste Zeit, dass Deutschland beim strategischen Erfolgsfaktor „Humankapital“ nicht den Anschluss verliert. Auch, weil der Bildungsmarkt in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts für hoch entwickelte Volkswirtschaften zu einer Cash Cow werden wird. Stand im Industriezeitalter der Export von Waren im Vordergrund, wird künftig der Export von Wissen wichtiger werden, sei es in Form von hochqualifizierten Fach- und Führungskräften, die im Inland wohnen und direkte Steuern zahlen, aber im Ausland arbeiten, sei es in Form von herausragenden Studienangeboten und Forschungsergebnissen, die an ausländische Studierende und Nutzer verkauft werden.

Wieso aber müssen es denn gleich „Elite-Universitäten“ sein? Kann mit den heutigen Hochschulen das Ziel, „mehr Humankapital“ zu bilden und somit „mehr Wachstum“ zu schaffen, nicht auch erreicht werden? Scheinbar nicht, denn bei ständig steigenden Studentenzahlen und ebenso ständig knapper werdenden öffentlichen Finanzmitteln verschlechtern sich in Deutschland die Studien- und Forschungsbedingungen. Offensichtlich stoßen unsere Universitäten an ihre Grenzen. Sie tun sich immer schwerer, mit den besten Hochschulen der Welt mit-



Thomas Straubhaar

zuhalten. Und der Vergleich mit den USA lässt rasch die Vermutung entstehen, dass Elite-Universitäten das Problem lösen könnten.

Was macht eine Universität zur Elite-Universität? Sicher geht es zunächst ums Geld. Verfügt eine Hochschule über mehr Geld, kann sie zusätzliche Professor(inn)en und Lehrkräfte einstellen. Sie ist in der Lage, gute Forscher(innen) besser zu bezahlen und herausragende Ergebnisse zu belohnen. Spätestens an dieser Stelle muss jedoch klar gemacht werden, dass die Forderung nach Elite-Universitäten nicht einfach nur mit mehr Geld für eine oder einige schon gute Hochschulen erfüllt wird. Elite-Universitäten sind weniger eine Frage des Geldes. Sie sind das Ergebnis einer Bildungsideologie, die auf Freiräume für die Universitäten, Eigeninitiative, Eigenverantwortung sowie Wettbewerb setzt. Nicht von ungefähr stehen mit Harvard, Stanford, Princeton oder Yale private amerikanische Universitäten ganz oben an der Weltspitze.

Spitzen-Universitäten brauchen zuallererst die Freiheit, ohne langwierigen Aufwand Studierende selbständig auswählen zu können und sie nicht von einer Zentralstelle zugeteilt zu erhalten. Sie brauchen den Freiraum, wissenschaftliches Personal schnell und unbürokratisch einzustellen und nach Leistung und Erfolg und nicht nach standardisierten Tarifen zu entlohnen. Sie sollten Studiengänge rasch einführen und an sich ändernde Bedürfnisse anpassen dürfen, ohne auf die Zustimmung von Behörden warten zu müssen.

Amerikanische Elite-Universitäten stehen deshalb ganz oben, weil sie sich ihre Studierenden nach eigenem Gutdünken auswählen dürfen. Sie erheben Studiengebühren, sorgen dafür aber für eine herausragende Ausbildungs- und Betreuungsqualität. Sie bieten ihren Professor(inn)en unglaubliche Leistungsanreize und ein stimulierendes Umfeld. Wer pro Jahr ein Forschungsergebnis in einer der fünf weltweit besten Zeitschriften des jeweiligen Fachgebietes publiziert, wird mit Lohnerhöhungen und zusätzlichen Mitarbeiter(inne)n belohnt. Wer nur Mittelmaß schafft oder wessen Vorlesungen von den Studierenden als wenig wertvoll beurteilt werden, erhält keine Vertragsverlängerung.

Wer Spitzen-Universitäten will, muss zu einem fundamentalen bildungspolitischen Richtungswechsel bereit sein. Es gilt, das Bildungssystem in die Freiheit zu entlassen. „Markt“ muss den „Staat“ ersetzen. Gute Universitäten brauchen nicht mehr staatliches Geld, sondern die Erlaubnis, Studiengebühren zu erheben. Das heißt nicht, dass sich der Staat aus der universitären Bildung und der Forschung zurückziehen soll. Im Gegenteil: weil „mehr Humankapital“ „mehr Wachstum für alle“ bedeutet, ist es mehr als richtig, dass Steuergelder mit im Spiel bleiben. Der Staat soll weiterhin mit finanziellen Transfers Gerechtigkeitsziele verfolgen, Chancengleichheit schaffen und Investitionen in Humankapital anregen. Er soll jedoch diese Ziele nicht über die Angebotsseite und staatliche Universitäten, sondern über die Nachfrageseite und direkte Hilfen an finanziell minderbemittelte Studierende und erfolgreiche Forscher(innen) verwirklichen.

Elite-Universitäten sind nicht das Ende der staatlichen Universitäten. Sie sind aber der Anfang von mehr Wettbewerb und Selbstbestimmung. Damit aber alle Universitäten und Forschungsinstitute die gleichen Chancen haben, dürfen öffentliche Hochschulen in keiner Weise gegenüber privaten Konkurrenten finanziell privilegiert werden. Keine Bildungs- oder Forschungseinrichtung sollte Steuergeld direkt erhalten, sondern nur noch indirekt über die Nachfrage. Wollen staatliche Universitäten öffentliches Geld, müssen sie genauso wie ihre privaten Konkurrenten um Studierende und deren Studiengebühren, (staatliche) Forschungsaufträge und (staatliche) Kunden für ihre Dienstleistungen werben. Je früher Freiheit und Wettbewerb und nicht Behörden und Plan zum Maßstab werden, desto rascher wird es auch in Deutschland wieder Spitzen-Universitäten geben!